

Unverkäufliche Leseprobe

Gregor Schöllgen

**Deutsche Außenpolitik
Von 1815 bis 1945**



C.H.Beck

Gregor Schöllgen
Deutsche Außenpolitik
Von 1815 bis 1945

283 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-65446-6

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/12309168>

1. Prolog: Die Deutsche Frage

1815–1871

Am Anfang stand der Untergang. Überraschend kam er nicht. Denn dass dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation keine Zukunft beschieden war, stand außer Frage. Das «Alte Reich», wie es im Lichte des 1871 gegründeten neuen Reiches genannt werden sollte, hatte seine beste Zeit lange hinter sich. Seit Jahrhunderten mit der Sicherung seiner erodierenden Außengrenzen und immer stärker mit sich selbst beschäftigt, fehlten ihm die Kraft und der Wille zur Behauptung seiner exponierten Stellung in der Mitte des europäischen Kontinents.

Die Frage war nicht ob, sondern wann und durch wen diesem dahinsiechenden, durch die Habsburger verwalteten Reich der Todesstoß versetzt werden würde. Am 6. August 1806 war es so weit. Unter dem Ansturm der von revolutionärem Elan beflügelten französischen Armeen und unter dem ultimativen politischen Druck ihres charismatischen Befehlshabers Kaiser Napoleons I. legte Franz II. die Krone des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nieder. Fortan begnügte er sich mit dem Titel eines Kaisers von Österreich, den er als Franz I. in weiser Voraussicht schon zwei Jahre zuvor angenommen hatte. Mit der Auflösung wurde *de jure* ein Reich liquidiert, das es *de facto* schon nicht mehr gab: Wenige Tage zuvor, am 25. Juli 1806, hatten die Fürsten West- und Süddeutschlands die von Napoleon dekretierte so genannte Rheinbundakte ratifiziert und waren damit nicht nur aus dem Reich ausgetreten, sondern hatten auch die Herrschaft des Franzosenkaisers rechts des Rheines anerkannt.

Was folgte, hat die innere und äußere Ordnung Deutschlands, Europas und der Welt innerhalb nicht einmal eines Jahrzehnts so grundlegend verändert wie kaum eine zweite Episode der neueren Geschichte. Zwar konnte schließlich die Macht der Franzosen durch den konzentrierten Druck der übrigen Mächte in der Völker-

- 10 Schlacht von Leipzig Mitte Oktober 1813 und mit dem Einmarsch der siegreichen Armeen in Paris Ende März 1814 gebrochen werden. Doch blieben die Spuren ihrer Herrschaft allenthalben sichtbar. So gesehen ist zu Recht gesagt worden, dass am Anfang «eines modernen Deutschland» Napoleon gewesen sei.¹

Das Ende des Alten Reiches sowie die unauslöschbaren Spuren, die der große Franzosenkaiser in Deutschland hinterlassen hatte, warfen vor allem die Frage auf, was an dessen Stelle treten sollte. An der geostrategischen Lage Deutschlands hatte sich ja ebenso wenig geändert wie an seiner Bedeutung für die übrigen Akteure des Kontinents, die in dieser Lage gründete: Über Jahrhunderte hinweg war Deutschland das Auf- und Durchmarschgebiet ihrer Armeen, das Schlachtfeld ihrer Kriege und nicht zuletzt das Medium gewesen, auf dessen Kosten man immer wieder zu einer Lösung strittiger Fragen hatte finden können. Aus der Sicht der europäischen Großmächte sollte sich daran möglichst nichts ändern. Für die Deutschen verhielt es sich genau umgekehrt. Ihre prekäre, gefährdete Lage in der Mitte Europas musste in eine stabile, aus eigener Kraft verteidigungsfähige Formation überführt werden. Schon wegen der zweifelhaften Erfahrungen, die sich mit jedem Wandel im Zentrum des Kontinents verbanden, aber auch angesichts der politischen Rahmenbedingungen war das ein außerordentlich ehrgeiziges Ziel.

Hinzu kam, dass am Ende dieses Prozesses nur die Gründung eines deutschen Nationalstaates stehen konnte. Diese Zielsetzung wiederum setzte eine Antwort auf die nicht minder delikate Frage voraus, wer die nationalstaatliche Einigung in die Hand und die zu erwartenden schweren Auseinandersetzungen mit den zahlreichen Gegnern dieses Vorhabens innerhalb und außerhalb Deutschlands auf sich nehmen sollte: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, seine nationalstaatliche Einigung und sein Aufstieg zu einer europäischen Großmacht waren Etappen ein und desselben Prozesses. Kein Wunder, dass die europäische Geschichte der auf Napoleon folgenden Jahrzehnte mal mehr, mal weniger stark, immer aber erkennbar auch von diesem Thema beherrscht worden ist.

Dabei ging es zunächst und vor allem um eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen für die Deutsche Frage. Dass diese äußeren Bedingungen zumal anfänglich kaum von den Deutschen selbst beeinflusst werden konnten, war gewiss. Einmal abgesehen von ihrer Uneinigkeit gab es ein erklärtes Interesse der europäischen Ordnungsmächte, zu denen anfänglich auch Österreich und Preußen, also die beiden konkurrierenden Führungsmächte in Deutschland, selbst zählten, an ebendiesen Rahmenbedingungen festzuhalten. Nach dem, was Europa seit der großen französischen Revolution, also in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten, erlebt und durchlitten hatte, galten die Wahrung des Friedens und namentlich die Vermeidung der Renaissance eines revolutionären und expansiven Frankreichs auch Österreich und Preußen als hohes Gut. Das machte sie einstweilen zu Hütern der neuen Ordnung.

Schon der seit dem Herbst 1814 in Wien tagende Kongress verflocht die Neuordnung Europas und die Neuordnung Deutschlands aufs Engste miteinander. Die Konstruktion war das Werk der siegreichen Koalition über Napoleon, der so genannten Quadrupelallianz aus Großbritannien, Russland, Österreich und Preußen. Den harten Kern dieser Allianz wiederum bildete die Ende September 1815 durch den russischen Zaren Alexander I., Preußens König Friedrich Wilhelm III. sowie den Kaiser von Österreich Franz I. bezeichnenderweise in Paris begründete «Heilige Allianz» dieser drei großen kontinentaleuropäischen Monarchien.

Die Bundesakte vom 8. Juni 1815, in der die künftige Gestalt Deutschlands festgelegt wurde, war zugleich auch ein Bestandteil der einen Tag später unterzeichneten Wiener Kongressakte. Sie trug erkennbar die Handschrift des österreichischen Außenministers Klemens Fürst zu Metternich, in dem viele den eigentlichen Regisseur des Kongresses sahen. Mit der Bundesakte kamen die schließlich 41 «*souveränen Fürsten und Freien Städte Deutschlands*» überein, «sich zu einem *beständigen Bunde* zu vereinigen», dessen «Zweck» die «Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten» war.² Da sich die Gemeinsamkeit auf die Verteidigung der Außengrenzen beschränkte und es nicht zu

12 einer inneren Ausgestaltung, namentlich zu keiner gemeinsamen Verfassung kam, war der Deutsche Bund aufs Ganze gesehen ein «passiver Ordnungsfaktor im europäischen Staatensystem».³ Das ließ unter den obwaltenden Umständen wenig Spielraum für eine nationalstaatliche Einigung, zumal die Könige von England, Dänemark und den Niederlanden als Landesherren von Hannover, Holstein und Luxemburg Mitglieder des Deutschen Bundes waren. Vor allem aber installierte der Wiener Kongress um Deutschland herum ein ebenso simples wie wirkungsvolles System der Status-quo-Sicherung.

Dieses System war nicht das Ergebnis hoher Diplomatie, sondern eine geradezu zwangsläufige Konsequenz aus dem großen europäischen Krieg zu Beginn des Jahrhunderts. Denn es lebte im Grunde vom Gegensatz zwischen England und Russland, Österreich und Preußen auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite. Dass es diesen Gegensatz gab, dass also Frankreich als ernst zu nehmender Akteur auf der europäischen Bühne präsent blieb, war einer Entscheidung geschuldet, die im Lichte späterer Weichenstellungen nicht selbstverständlich, für die Zeitgenossen dieses frühen 19. Jahrhunderts aber naheliegend war. Anders als ein gutes Jahrhundert später, als das für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges maßgeblich verantwortliche Deutsche Reich 1919 von den Verhandlungen der Pariser Konferenz ausgeschlossen wurde, war Frankreich 1815 in Wien mit von der Partie – und im Übrigen durch seinen Außenminister Charles-Maurice de Talleyrand bestens repräsentiert. Namentlich Großbritannien, das sich in ebendieser Zeit endgültig auf den Weg zur führenden Weltmacht begab, war daran interessiert, dass sich potentielle Spielverderber und Konkurrenten auf dem Kontinent gegenseitig in Schach hielten. Da lag es nahe, Frankreich im Kreis dieser Konkurrenten zu halten, und der geschmeidige Diplomat Talleyrand wusste diese Chance wohl zu nutzen.

Was die englische Strategie angeht, so ist sie als Politik der *Balance of Power* in die Geschichte eingegangen. Früher oder später haben alle übrigen europäischen Großmächte einmal zu spüren bekommen, was es damit auf sich hatte. Auch Preußen und später dann das unter

seiner Führung gegründete Deutsche Reich. Im Falle Preußens lag diese Erfahrung einige Jahrzehnte zurück. Ein halbes Jahrhundert war es her, seit Großbritannien Ende 1761 seine Unterstützung für den mit dem Rücken zur Wand stehenden Preußenkönig Friedrich II. eingestellt hatte. Üppig war sie nie gewesen. An ein unmittelbares militärisches Eingreifen zugunsten Preußens hatte man während dieses 1756 ausgebrochenen, schließlich sieben Jahre währenden Krieges in London ohnehin nie gedacht. Aber die Subsidien, die man Friedrich hatte zukommen lassen, waren diesem doch von einigem Nutzen gewesen, als es ums nackte Überleben ging.

Allerdings interessierte sich England nur insoweit und so lange für das Schicksal Preußens, als dieses gebraucht wurde, um die Franzosen militärisch in Europa zu binden. Denn der Siebenjährige Krieg war nicht nur eine Auseinandersetzung Preußens mit seinen näheren und fernerer Nachbarn namentlich um die 1740 einverlebte österreichische Provinz Schlesien. Im weltpolitischen Zusammenhang ging es vor allem auch um das Kräftemessen zwischen Großbritannien und Frankreich in Kanada und anderen Gegenden der Welt. Und nachdem sich die Briten diesen Teil des amerikanischen Kontinents endgültig gesichert hatten, ließen sie Preußen fallen.

Es lag am unerwarteten Kurswechsel, den die russische Politik nach dem Tod der Zarin Elisabeth I., eine der entschiedensten Gegnerinnen Friedrichs, im Januar 1762 vornahm, dass die aufstrebende Großmacht das überstand. Kein Wunder, dass sich dieses Verhalten der britischen Politik während der Regentschaft König Georges III. tief ins Bewusstsein der Hohenzollern eingebrannt hat. Noch im April 1898 notierte Wilhelm II. – König von Preußen, dritter und zugleich letzter Kaiser des 1871 gegründeten Zweiten Reiches – an den Rand eines Schreibens der deutschen Botschaft in London: «Friedrich der Grosse! Wurde schmachlich von Georg im Stich gelassen».⁴

Anlass dieser emotionalen Aufwallung war ein unerwartetes Bündnisangebot der britischen Regierung an die deutsche, von dem noch zu berichten ist. Es musste deshalb als sensationell gelten, weil sich für die britische Gleichgewichtspolitik Bündnisse, also ver-

14 bindliche Engagements auf dem europäischen Kontinent, an sich verboten. Das lag an der überragenden Bedeutung, die das Kolonialreich – das British Empire – für Großbritannien besaß. Um den überseeischen Aufgaben gerecht werden zu können, mussten sich die Engländer in europäischen Angelegenheiten so weit als irgend möglich zurückhalten. Nur so ließen sich auf der einen Seite die Kräfte auf das Empire konzentrieren und auf der anderen Seite die kontinentaleuropäischen Großmächte politisch gegeneinander in Stellung bringen. Denn das war das Ziel der britischen Gleichgewichtspolitik. Die möglichen Konkurrenten um die führende Stellung in der außereuropäischen Welt mussten sich auf dem europäischen Kontinent mit britischer Hilfe gegenseitig in Schach halten, so dass sie über keine ausreichenden Kräfte verfügten, um die führende Weltmacht jenseits der Meere herausfordern zu können.

Im Grundsatz galt das auch schon für die Jahrzehnte nach dem Wiener Kongress, der mit seiner auch Großbritannien einbindenden Ordnung das äußerste Maß an Verpflichtung darstellte, das man in London zu diesem Zeitpunkt eingehen wollte. Im Kern reduzierte sich diese Verpflichtung auf das solidarische Einstehen für die mit Müh und Not wiederhergestellte gesellschaftliche und politische Ordnung in Europa. Solange diese gewahrt blieb, zeigte sich Großbritannien an den Entwicklungen auf dem Kontinent grundsätzlich desinteressiert. Die rote Linie, die nicht überschritten werden durfte, war ein Krieg, der die Ordnung in Frage stellte und England zum Eingreifen zwang. Solange diese Linie respektiert wurde, gab es für die Briten keine Veranlassung zur neuerlichen Einberufung eines gesamteuropäischen Kongresses und damit zur abermaligen öffentlichen Festlegung der Inselmacht auf auch für sie verbindliche Prinzipien.

Nicht einmal die revolutionären Erschütterungen, von denen Frankreich, Italien und nicht zuletzt Deutschland 1848/49 heimgesucht wurden, brachten die britische Regierung dazu, auf den auch in den folgenden Jahren verschiedentlich unterbreiteten Vorschlag eines europäischen Kongresses einzugehen. Dahinter steckte kein zauderndes Abwarten oder gar Zurückweichen vor einer unübersichtlichen Situation, sondern kühles Kalkül der auch wirtschaft-

lich führenden Macht Europas, die ihrerseits das Jahr 1848 ohne größere innere Verwerfungen überstanden hatte. Ohne Risiko war dieses Kalkül freilich nicht, denn es eröffnete Spielräume, die andere zu nutzen verstanden – allen voran Frankreich, in gewisser Weise Italien und nicht zuletzt Preußen. Ganz auf den Erhalt der bestehenden Ordnung fixiert, verweigerten sich die britischen Regierungen während der vierziger und fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts der Erkenntnis, dass diese Ordnung längst zu einem Haus ohne Fundament verkommen war: Die Solidarität, der Wille zu gemeinsamem Handeln, war kaum mehr als ein Lippenbekenntnis, seit sich die Mächte Europas 1848 in der maßgeblichen Regie Großbritanniens auf das Minimalziel verständigt hatten, das Ausufern der revolutionären Bewegungen in einen Krieg zu verhindern.

Gewiss, für sich genommen war das eine beachtliche Leistung. Und natürlich gilt auch in diesem Fall, dass man nachher stets klüger ist. Dennoch wird hier für den Betrachter erstmals ein Handlungsmuster erkennbar, das für die britische Politik bis zum vollständigen Zusammenbruch des traditionellen Staatensystems am Ende des Zweiten Weltkrieges charakteristisch bleiben sollte: Noch die Appeasementpolitik der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts war im Kern nichts anderes als der Versuch, durch die Hinnahme von Verstößen gegen die – in diesem Fall 1919 etablierte – europäische Ordnung den großen Krieg und damit ein Eingreifen auf dem Kontinent zu vermeiden.

Insgesamt sind die britischen Regierungen damit immer wieder gescheitert, eben auch im weiten Vorfeld des Ersten Weltkrieges. Es ist müßig zu spekulieren, wann und womit die Entwicklung einsetzte, die schließlich in diese bis dahin größte Katastrophe der neueren europäischen Geschichte mündete; der Weg in diesen ersten Weltkrieg des 20. Jahrhunderts wird in den folgenden Kapiteln nachgezeichnet. Aber sicher ist doch, dass die 1871 gegründete Großmacht Deutsches Reich unter den gegebenen Umständen nicht mit dem Gleichgewicht der Kräfte in Europa harmonierte. Sicher ist auch, dass die Gründung dieses Reiches ohne die faktische Aufkündigung des 1815 beschlossenen Solidaritätsprinzips schwer vorstellbar war, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt und mit dieser Dynamik.

16 Eben weil die Deutsche Frage seit 1815 vertraglich verbrieft Bestandteil der europäischen Ordnung gewesen ist, ließ sich in die deutschen Angelegenheiten nur Bewegung bringen, wenn diese Ordnung zerstört wurde oder doch jedenfalls im Zustand des Zerfalls war. Wer immer in Deutschland darauf setzte, musste warten können und einen Instinkt für den richtigen Zeitpunkt besitzen. Aus eigener Kraft, gar mit dem Mittel militärischer Gewalt eine Änderung der Rahmenbedingungen für die Gründung eines deutschen Nationalstaates herbeiführen zu wollen, war ein aussichtsloses Unterfangen.

Dass sich diese Rahmenbedingungen änderten, dass namentlich das Prinzip einer «zumindest partielle[n] Solidarität der Großmächte im Rahmen des europäischen ‹Konzerts› zwecks Sicherung des allgemeinen Friedens»⁵ zu Grabe getragen wurde, hatte eine Fülle von Ursachen. Zu ihnen gehörten maßgebliche wie die erwähnte britische Europapolitik jener Jahre; zu ihnen gehörten aber auch ursprünglich periphere wie die Orientalische Frage. Wenn es einen Dauerbrenner in der neueren Geschichte Europas gab, dann war es diese. Die Orientalische Frage speiste sich aus mehreren Quellen. Das machte sie so gefährlich. In ihrem Mittelpunkt stand die Zukunft des Osmanischen Reiches. Seit die Türken 1683 zum zweiten Mal vor Wien gescheitert waren, befanden sie sich in der Defensive. Die Orientalische Frage war im Kern die Geschichte ihres Rückzugs vom Balkan, ihrer Vertreibung aus Europa an oder gar hinter die Meerengen. Dieser Grundzug erklärt ihre enorme Bedeutung für die europäische Politik bis zum Ende des Ersten Weltkrieges; und er erklärt die Schlüsselrolle, die Bosphorus und Dardanellen dabei spielten.

Denn wer den Zugriff auf die türkischen Meerengen besaß, der kontrollierte sowohl die Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer als auch die Zufahrt in dasselbe. Vom Osmanischen Reich einmal abgesehen, hatte keine andere Großmacht ein derart vitales Interesse an dieser Frage wie der zweite große Anrainer: Für Russland war die ungehinderte Passage durch Bosphorus und Dardanellen vor allem aus militärischen, aber zusehends auch aus wirtschaftlichen Gründen lebenswichtig. Namentlich der russische Getreideexport lief, sofern nicht

der politisch unwägbar Landweg über Deutschland genommen wurde, durch die Meerengen. Im Unterschied zu den Routen, die ihren Ausgang in den russischen Ostseehäfen hatten, garantierten Bosphorus und Dardanellen ganzjährig eine eisfreie Fahrt ins Mittelmeer und von dort gegebenenfalls in den Atlantik. Kein Wunder, dass ihre Kontrolle ein Hauptziel der russischen Orientpolitik war.

Allerdings war die Kontrolle der Meerengen nur ein Ziel der russischen Orientpolitik unter anderen, und um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht einmal das vordringliche. Im Grunde hatte Zar Nikolaus I., der Ende 1825 seinem verstorbenen Bruder Alexander I. auf den Thron gefolgt war, nicht weniger im Sinn als ein russisches Protektorat über das Osmanische Reich und damit wiederum die Schaffung einer idealen Ausgangsposition für den von ihm ausdrücklich nicht ausgeschlossenen Fall einer Aufteilung des siechen Imperiums.

Diese Zielsetzung musste mit Englands Interessen kollidieren. Einmal abgesehen von der Bedeutung, die das Osmanische Reich für die Exporte der führenden Industrienation der Erde besaß, galten für die britische Regierung «die Integrität und die Unabhängigkeit» des Osmanischen Reiches als nicht zur Disposition stehende Voraussetzungen für die Ruhe, den Frieden und das Gleichgewicht «im übrigen Europa». An dieser Maxime hatte sich nichts geändert, seit sie im Sommer 1833 vom späteren Außen-, Innen- und Premierminister Henry John Temple, Third Viscount Palmerston, vor dem Unterhaus formuliert worden war,⁶ weil sich an der Lageeinschätzung nichts geändert hatte: Mit Blick auf die Sicherung Indiens, den Dreh- und Angelpunkt des britischen Empire, waren stabile Verhältnisse im östlichen Mittelmeerraum einschließlich eines intakten Osmanischen Reiches unabdingbar. Gelegentlich von britischer Seite, zum Beispiel 1844 gegenüber dem russischen Außenminister Karl Robert Graf von Nesselrode, akademisch erörterte Pläne über eine eventuelle Aufteilung der Türkei änderten daran nichts.

Und so kam es, wie es nach Lage dieser Dinge kommen musste. Aus einem vergleichsweise nichtigen Anlass, nämlich der Forderung Russlands nach Restitution der Privilegien der orthodoxen Kirche im Osmanischen Reich, entwickelte sich im Handumdre-

18 hen ein rasant eskalierender Konflikt. Seine maßgeblichen Akteure waren hinter den Kulissen Großbritannien und auf der Bühne des Geschehens Russland. Zar Nikolaus I., dem nach der blutigen Niederschlagung der Aufstände in Polen und Ungarn 1831 beziehungsweise 1849 ein einschlägiger Ruf vorauseilte, war es vorbehalten, den entscheidenden Schritt zu tun und mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Donaufürstentümer Moldau und Walachei die türkische Kriegserklärung zu provozieren. Den Beteiligten war von Anfang an bewusst, dass der Krieg leicht zu einem sämtliche europäischen Großmächte involvierenden Flächenbrand werden konnte. Das erklärt, warum Großbritannien und in seinem Gefolge Frankreich fast ein halbes Jahr verstreichen ließen, bis sie der türkischen Kriegserklärung an Russland am 27. beziehungsweise 28. März 1854 ihre eigenen Kriegserklärungen an das Zarenreich folgen ließen.

Der daraus entstehende Konflikt, der als «Krimkrieg» in die Geschichte eingegangen ist, kann in seinen Folgen für die Entwicklung Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen kaum hoch genug veranschlagt werden. Von einem russischen Protektorat über das Osmanische Reich konnte spätestens nach der Erstürmung der Festung Sewastopol durch britische und französische Truppen am 8. September 1855 keine Rede mehr sein. Ganz im Gegenteil musste Russland mit dem Ende März 1856 in Paris unterzeichneten Friedensvertrag unter anderem der Aufnahme der Türkei in den exklusiven Klub der nunmehr sechs europäischen Großmächte zustimmen und weitere demütigende Bestimmungen hinnehmen, darunter vor allem auch die Neutralisierung, also Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres.

Dass der Vertrag in Frankreichs Hauptstadt verhandelt und unterzeichnet wurde, verweist auf die erstaunliche Entwicklung, die dieses Land in den vier Jahrzehnten seit dem Wiener Kongress genommen hatte. Sie war vor allem das Verdienst Charles-Louis Napoléon Bonapartes, eines Neffen des großen Franzosenkaisers. Nach einer zunächst gescheiterten Putschistenkarriere wurde er zum entscheidenden Gestalter der französischen und damit zwangsläufig auch der europäischen Politik. Im Herbst 1848 zum Präsidenten

ten der Zweiten Republik gewählt, war er Anfang Dezember 1851 mit einem neuerlichen Staatsstreichversuch erfolgreich und ließ sich, zwischenzeitlich dank eines Plebiszits mit umfassenden Vollmachten ausgestattet, Anfang Dezember 1852 zum Kaiser der Franzosen proklamieren. Solchermaßen im Innern unangefochten und von den europäischen Mächten, allen voran Großbritannien, in seiner neuen Rolle anerkannt, machte sich Napoleon III. an eine umfassende Revision der immer noch von den Folgen des Wiener Kongresses gezeichneten außenpolitischen Lage seines Landes.

Ob ihm ohne die orientalische Krise ein derart durchschlagender Erfolg möglich gewesen wäre, wie Napoleon III. ihn dann tatsächlich verbuchen konnte, sei dahingestellt. So aber nutzte er die sich nicht ganz unerwartet eröffnende, weil von ihm selbst forcierte Chance und schlug sich schon vor Kriegsbeginn auf die richtige Seite. Nicht nur militärisch, auch politisch gehörte Frankreich als nunmehr völlig rehabilitierte und gestärkte Großmacht zu den Gewinnern. Jedenfalls kurzfristig. Langfristig bildete der endgültige Zusammenbruch der alten antifranzösischen Koalition das Einfallstor für jene dynamischen, im eigentlichen Sinne revolutionären Kräfte, die schließlich auch Napoleon III. und sein System hinwegfegen sollten.

Denn das war die mittelfristig entscheidende Folge des Krimkrieges: Er beendete eine Epoche in der Geschichte des europäischen Mächtesystems und bot somit den zukünftigen Nationalstaaten Italien und Deutschland die «Möglichkeit zu großen Erfolgen einer klug kalkulierenden Machtpolitik».⁷ Was Italien angeht, so ist die Geschichte seiner Einigung unter der Führung Sardinien-Piemonts die Geschichte der Verdrängung Österreichs aus Italien – mit französischer und mit preußischer Hilfe. Zunächst erkämpfte sich Piemont 1859 an der Seite Frankreichs und daher mit Erfolg die Lombardei. Dann hatte Preußen ein unmittelbares Interesse daran, dass Italien, seit 1861 von Victor Emanuel II. als König geführt, 1866 nicht unter die Räder kam: Obgleich die Italiener den Krieg gegen Österreich verloren, musste Wien Anfang Oktober im Frieden von Wien Venetien an sie abtreten.

20 Basis für diese auf den ersten Blick überraschende diplomatische Niederlage Österreichs war ein geheimes Bündnis, das Italien am 8. April 1866 mit Preußen geschlossen hatte. Tatsächlich handelte es sich bei dem Feldzug Italiens gegen Österreich um ein Parallelunternehmen zu jenem «Deutschen Krieg», der mit dem preußischen Sieg über Österreich den Höhe- und vorläufigen Schlusspunkt einer Entwicklung markierte, die kaum jemand vorhergesehen hatte, als in Wien die neue Ordnung Deutschlands und Europas zu Papier gebracht wurde. Vielmehr deutete 1815 schon der Ort der Verhandlungen und der Vertragsunterzeichnung darauf hin, dass unter den gut 40 Mitgliedern des Deutschen Bundes Österreich die Führung beanspruchte. Den Anspruch zu erheben war eine Sache, ihn zu behaupten war eine andere. Ohne die offene oder auch stillschweigende Unterstützung der übrigen Großmächte, allen voran Großbritanniens, hätte Österreich die führende Rolle in Deutschland nicht spielen können.

Die englische Haltung in und zu den deutschen Angelegenheiten reflektierte zum einen die tatsächlichen Machtverhältnisse im Deutschen Bund. Zum anderen war sie aber auch Ausdruck einer präventiven Strategie gegenüber Preußen. Dessen Aufstieg zu einer europäischen Großmacht, gegen den sich die Kontinentalmächte während der vierziger und fünfziger Jahre des 18. Jahrhunderts, also in der Ära Friedrichs des Großen, zeitweilig vereint, im Ergebnis aber vergeblich gestemmt hatten, war nicht vergessen. Gewiss stand dieses Preußen am Ende der Napoleonischen Ära nicht gerade großartig da. Jedoch hatten die preußischen Herrscher in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie ihr Land auch durch scheinbar aussichtslose Situationen zum Erfolg führen konnten.

Also hatte man 1815 vorgebeugt und mit der konföderativen Struktur des Deutschen Bundes unter anderem dafür gesorgt, dass die neu gewonnenen rheinischen Provinzen Preußens in Zukunft von seinem Kernland getrennt blieben. Auch konnte Preußen unter entschiedenem politischen Druck der Großmächte, darunter Frankreich, dazu veranlasst werden, auf die ursprünglich angestrebte totale Annexion Sachsens zu verzichten und sich mit etwa zwei

Fünfteln des sächsischen Gebietes zufriedenzugeben. Auch dank dieser Weichenstellungen waren die Machtverhältnisse in Deutschland weitgehend zugunsten Österreichs geklärt.

Preußen fügte sich dem österreichischen Führungsanspruch mal mehr, mal weniger freiwillig. Wenn es die Machtprobe suchte, wie während der Revolutionsjahre 1848/49, zog es in der Regel den Kürzeren: In der so genannten Punktation von Olmütz zwang Österreich den Konkurrenten um die Führung in Deutschland am 29. November 1850 zum Nachgeben in allen strittigen Fragen und zu der Erklärung, deren «endliche und definitive Regulierung... durch die gemeinsame Entscheidung aller deutschen Regierungen herbeizuführen».⁸ Es sollte das letzte Mal sein, dass Preußen in der «Deutschen Frage», wie dieser Machtkampf seither genannt wurde, den Kürzeren zog.

Dass Preußen dann schließlich nicht nur über seinen deutschen Rivalen triumphierte, sondern mit diesem Triumph über den größeren Nachbarn auch den Grundstein für den Aufstieg zur führenden Macht des europäischen Kontinents legte, lag auch an seiner konsequenten Erneuerung und Modernisierung. Sie war nicht von langer Hand geplant, einstweilen auch kaum erkennbar, führte aber schließlich dazu, dass Preußen unbeschadet der politischen Kapitulation von Olmütz inzwischen «der materiell erschöpften und beharrlich vormodernen Habsburger Monarchie dauerhaft überlegen geworden war».⁹

Das zeigte sich zum Beispiel auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels, auf dem Preußen auch deshalb mit Erfolg tätig werden konnte, weil der österreichische Konkurrent und namentlich der Mann an seiner Spitze, Fürst Metternich, die Tragweite der Aktivitäten schlicht unterschätzte. Beginnend mit der Verabschiedung des Zollgesetzes im Mai 1818 verschaffte sich Preußen gleichermaßen unauffällig wie unspektakulär eine respektable Machtbasis. Von hier aus ließen sich die entscheidenden politischen und militärischen Schritte hin zur Vorherrschaft in Deutschland tun, als die Zeit reif und der richtige Mann an den Schaltstellen der Macht war. Der Deutsche Zollverein, der zum 1. Januar 1834 die preußische mit der süddeutschen Zollunion verschmolz, muss in der Rück-

22 schau als der entscheidende Durchbruch gelten; die Verschmelzung des Zollvereins mit dem hannoverschen Steuerverein, infolge derer Preußen seit dem September 1851 unter anderem einen Zugang zur Nordsee hatte, tat ein Übriges.

Ernst zu nehmende Widerstände provozierten diese Maßnahmen nicht. Diejenigen, die wie Palmerston erkannten, dass der Zollverein Deutschland über ein «gemeinsames Nationalgefühl» zur Einigung führen werde,¹⁰ trafen auf taube Ohren. Europa war mit anderen Problemen beschäftigt. Zum Beispiel im Frühjahr 1848 mit dem Krieg um Schleswig-Holstein. Hier kollidierte der dänische Anspruch auf Einverleibung der beiden Herzogtümer mit dem nämlichen deutschen. Es war Preußen, das den Anspruch eines noch gar nicht existierenden deutschen Nationalstaates auf die Herzogtümer durchzusetzen suchte. Dass es damit die Stimmung der Zeit traf, zeigte die breite Unterstützung, die es dabei zunächst durch den Bundestag und, nachdem dieser seine Arbeit eingestellt hatte, durch die seit Mitte Mai in der Frankfurter Paulskirche tagende Nationalversammlung erfuhr.

Daher war es alles andere als selbstverständlich, dass sich Preußen dem Druck namentlich Englands und Russlands beugte und Ende August 1848 mit Dänemark einen Waffenstillstand vereinbarte. Immerhin stellte man sich damit gegen die Forderungen und Erwartungen der empörten Abgeordneten in der Paulskirche. Gleichzeitig verschaffte aber dieses Solo Preußen in den Reihen der Großmächte Respekt und trug dazu bei, dass andere Maßnahmen wie die preußische Zollvereinspolitik aus dem Blickfeld der großen Politik gerieten, obgleich sie dem Machtgefüge in der Konsequenz wesentlich abträglicher waren als Preußens Auftritte auf diesem Parkett der großen Politik.

[...]

Mehr Informationen zu [diesem](#) und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de